# SRL Swiss | Menschenrechtsbulletin

13.–19. Oktober 2026

## SRL Swiss | Menschenrechtsbulletin

Wöchentliche Überwachung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit

Zeitraum: 13-19 Oktober 2026 | Zuletzt überprüft: 19. Oktober 2026 | Veröffentlichung: 20. Oktober 2026 | Genf

## HAUPTTHEMA | SCHWEIZ




Protestfoto begleitet die Ankündigung des Schweizer Flüchtlingsrates. Quelle: SFH/Keystone. Es zeigt nicht die Rückkehr der neun Personen; das Datum der Fotografie ist nicht angegeben.

### Schutzlücken bei der Rückführung nach Türkiye • Ein Bericht, der am 14. Oktober bekannt gegeben wurde, untersucht neun Fälle nach der Rückkehr nach Türkiye, nachdem Asylanträge abgelehnt wurden.

• Die Fälle beschreiben Festnahme, Inhaftierung, strafrechtliche Ermittlungen und Verurteilungen; es sind keine neun neuen Vorfälle aus dieser Woche.

• Menschenrechtsorganisationen fordern überarbeitete Risikobewertungen und die Aussetzung von Rückführungen bei einem gemeldeten Verfolgungsrisiko.

REDAKTIONELLER SCHWERPUNKT. Diese Ausgabe beginnt mit Rückführungsentscheidungen aus der Schweiz und der persönlichen Sicherheit. Im Europateil geht es um den Schutz von Frauen vor Gewalt, das Recht auf Leben nach der Haftentlassung, gewerkschaftliche Organisierung und Polizeieinsätze bei Protesten. Weitere Themen sind die Todesstrafe, die Sicherheit von Medienschaffenden, Haftbedingungen und der Schutz von Zivilpersonen.

In dieser Ausgabe: Schweiz S.2 · Frankreich und Vereinigtes Königreich S.3 · Vereinigtes Königreich und Albanien S.4 · Iran S.5 · Iran und Aserbaidschan S.6 · Palästina und Israel S.7 · Ägypten und Bangladesch S.8 · Afghanistan und Myanmar S.9 · Sudan und Kenia S.10 · Nigeria und Kolumbien S.11 · Vereinigte Staaten und Publikationsgrundsätze S.12

## WICHTIGER BERICHT ÜBER DIE SCHWEIZ

### Schweiz | Risikobewertungen bei Rückführungen in die Türkei hinterfragt

Bericht angekündigt am 14. Oktober 2026 | Die Fälle betreffen frühere Rückführungen




Protestfoto begleitet die Ankündigung des Schweizer Flüchtlingsrates. Quelle: SFH/Keystone. Es zeigt nicht die Rückkehr der neun Personen; das Datum der Fotografie ist nicht angegeben.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe, die Demokratischen Juristinnen und Juristen Schweiz und die Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht untersuchten neun Fälle von Personen, die nach der Ablehnung ihres Asylgesuchs in die Türkei zurückgeführt worden waren. Der Bericht beschreibt Festnahmen, Haft, Strafverfahren, gerichtliche Beschränkungen und Verurteilungen. Die Organisationen kritisieren, Beiträge in sozialen Medien, kurdische Identität, frühere politische Aktivitäten und familiäre Verbindungen seien nicht zusammen bewertet worden. Sie fordern die Aussetzung negativer Asylentscheide und Rückführungen bei einem gemeldeten Verfolgungsrisiko. Es handelt sich nicht um neun Rückführungen dieser Woche. Neu ist die gemeinsame Veröffentlichung der Fälle.

ÜBERPRÜFUNG UND OFFENE FRAGEN. Der Bericht behandelt neun frühere Fälle. Die Feststellungen stammen von den berichtenden Organisationen. Nicht alle individuellen Akten wurden für dieses Bulletin unabhängig geprüft.

Menschenrechtliche Bedeutung. Entscheidend ist, ob die individuellen Risiken vor der Rückführung angemessen beurteilt wurden. Eine Rückführung unter Missachtung eines realen Risikos von Folter oder Misshandlung verletzt das Rückschiebungsverbot.

Quellen: Schweizer Flüchtlingsrat

**Folgende Entwicklungen Überwachung der Reaktion der Schweizer Behörden auf den Bericht, etwaiger Änderungen der Risikobewertung und der aktuellen Rechtslage der betroffenen Personen. Einzelfälle sollten nicht über die öffentlich zugänglichen Erkenntnisse hinaus verallgemeinert werden.**

Quellen und weiterführende Links — 1. fluechtlingshilfe.ch

## EUROPA | SCHUTZ VOR GEWALT UND RECHT AUF LEBEN

### Frankreich | Besorgnis über geschwächten Schutz für ausländische Frauen, die Gewalt erleben

Abstimmung der Nationalversammlung: 13. Oktober | Erklärung von La Cimade: 15. Oktober 2026




Gleichberechtigungs-Demonstrationsfoto, das von La Cimade verwendet wurde; es zeigt nicht die Abstimmung vom 13. Oktober. Fotodatum nicht angegeben. Quelle: La Cimade.

La Cimade erklärte, dass wichtige Sicherheitsvorkehrungen für ausländische Frauen aus dem Text zur Bekämpfung sexistischer und sexueller Gewalt, der am 13. Oktober von der Nationalversammlung verabschiedet wurde, gestrichen wurden. Nach Angaben der Organisation wurden die Bestimmungen zum Schutz des Aufenthaltsrechts, des Zugangs zur Arbeit und des Schutzes vor Ausreisebefehlen geschwächt. Es warnte, dass vereinbarungen, die an den beschwerdeprozess gebunden sind, und die fortgesetzte abhängigkeit vom status eines ehepartners es den opfern erschweren würden, hilfe zu suchen. Dies ist die Bewertung des von der Versammlung angenommenen Textes durch eine Rechtsorganisation; dies bedeutet nicht, dass der gesamte Gesetzgebungsprozess abgeschlossen ist oder dass die Bestimmungen in Kraft getreten sind.

Auswirkungen auf die Menschenrechte: Die Angst, den Aufenthaltsstatus zu verlieren oder bei der Suche nach Hilfe abgeschoben zu werden, kann den wirksamen Schutz von Opfern von Gewalt behindern. Die Kritik von La Cimade betrifft diese Lücke im Schutz.

Quellen: La Cimade

### Vereinigtes Königreich | Tod von Colleen Madden: Schutz nach der Haftentlassung wird untersucht

INQUEST-Ankündigung: 15. Oktober | Untersuchung soll eröffnet werden: 19. Oktober 2026



Porträt von Colleen Madden; es zeigt nicht den Ort des Todes. Quelle: Pressemitteilung von INQUEST.

INQUEST kündigte an, dass die gerichtliche Untersuchung zum Tod von Colleen Madden, einer Mutter zweier Kinder, am 19. Oktober beginnen sollte. Die 31-Jährige hatte eine Hirnverletzung. Sie wurde am 13. Januar 2025 aus dem Gefängnis entlassen, vorübergehend in einem Hotel untergebracht und am 16. Januar tot aufgefunden. Medizinische Befunde deuten darauf hin, dass sie am Abend des 13. Januar starb. Eine frühere Überprüfung der Schutzmassnahmen stellte Mängel bei der Kommunikation zwischen den beteiligten Stellen, der Bereitstellung einer geeigneten Unterkunft und der Planung der Unterstützung fest. Die gerichtliche Untersuchung wird die Rolle der öffentlichen Stellen prüfen. Aus der Ankündigung geht weder eine gerichtliche Feststellung von Fahrlässigkeit noch ein Abschluss der Untersuchung hervor.

Menschenrechtliche Bedeutung. Der Vorwurf, eine Person mit Behinderung sei trotz vorhersehbarer Risiken nach der Haftentlassung ohne Unterstützung geblieben, betrifft die Pflicht zum Schutz des Lebens und zur Sicherung einer kontinuierlichen Versorgung. Die Untersuchung soll die Verantwortung der beteiligten Institutionen klären.

Quellen: INQUEST

Quellen und weiterführende Links — 1. inquest.org.uk · 2. lacimade.org

## EUROPA | VEREINIGUNGSFREIHEIT UND FRIEDLICHE VERSAMMLUNG

### Vereinigtes Königreich | Neue Dokumente zum Risiko-Scoring von Amazon

Untersuchung veröffentlicht: 16. Oktober 2026 | Dokumente betreffen frühere Praktiken



Nachrichtendarstellung mit einem Mitarbeiterbefragungsbildschirm; es ist kein direkter Screenshot des Union-Risiko-Systems. Quelle: openDemocracy/Facebook; herausgegeben von James Battershill.

Anhand von Dokumenten aus Rechtsstreitigkeiten in Kanada berichtete openDemocracy, dass Amazon ein System namens Atlas verwendet habe, um Lagerhäuser für das Risiko einer Gewerkschaftsbildung zu bewerten. Der Bericht stellt die Standorte Coventry und Sutton Coldfield in die Kategorie mit dem höchsten Risiko in diesen Dokumenten. Die GMB-Gewerkschaft und die Rechtsorganisation Foxglove äußerten Bedenken hinsichtlich der Vereinigungsfreiheit und der Privatsphäre der Arbeitnehmer. Amazon sagte, dass Atlas derzeit nicht im Vereinigten Königreich verwendet wird, dass individuelle Gewerkschaftsmitglieder oder politische Ansichten nicht überwacht werden und dass die Bewertungen dazu bestimmt sind, Standorte auf Gebäudeebene zu unterstützen. Die ergebnisse und die antwort des unternehmens sollten zusammen betrachtet werden; es gibt keine endgültige feststellung einer verletzung.

Auswirkungen auf die Menschenrechte: Die Überwachung der gewerkschaftlich organisierten Neigung der Arbeitnehmer und die Verwendung dieser Informationen zur Druckausübung könnten die Vereinigungsfreiheit untergraben. Der Umfang der Dokumente und die Einwände des Unternehmens gegen die derzeitige Praxis müssen beide die Bewertung beeinflussen.

Quellen: openDemocracy

### Albanien | Anwendung von Gewalt und Haft bei den Protesten in Tirana

Veranstaltungen: 13.–18. Oktober 2026 | Institutionelle Erklärungen: 13. und 16. Oktober



Menschen entfernen sich von Polizeiwasserwerfern außerhalb des Bildungsministeriums in Tirana, 17. Oktober 2026. © Hameraldi Agolli/AP. Das Foto allein begründet nicht die rechtliche Verantwortung eines einzelnen Beamten.

Der albanische Bürgerbeauftragte kündigte am 13. Oktober eine administrative Untersuchung aus eigener Initiative an, in der untersucht wurde, ob Polizeikräfte bei den Protesten in Tirana notwendig und verhältnismäßig waren. Die Überwachungsteams prüfen auch den Zugang der Häftlinge zu Anwälten, die Benachrichtigung von Familien und medizinische Untersuchungen. Am 16. Oktober forderte die UNO in Albanien den Schutz der friedlichen Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit sowie eine angemessene Polizeiarbeit.

Laut AP-Bericht vom 17. Oktober wurden sieben Polizeibeamte wegen Vorwürfen übermäßiger Gewalt suspendiert. In dem Bericht heißt es auch, dass einige Demonstranten Steine und Brandkörper warfen, während die Polizei Tränengas, Wasserwerfer und Schlagstöcke einsetzte. Reuters berichtete von anhaltenden Zusammenstößen am 18. Oktober. Die an verschiedenen Tagen angekündigten Zahlen zu Festnahme und Anklage wurden nicht kombiniert, da sie nicht den gleichen Umfang messen.

Menschenrechtsauswirkungen: Unnötige oder unverhältnismäßige Gewalt bei Demonstrationen kann die Versammlungsfreiheit und die körperliche Unversehrtheit verletzen. Der Zugang zu Anwälten, Familie und Gesundheitsfürsorge muss in Haft geschützt bleiben; die individuelle Verantwortung wird untersucht.

Quellen: Bürgerbeauftragter — 13. Oktober | UNO — 16. Oktober | AP — 17. Oktober | Reuters — 18. Oktober

Quellen und weiterführende Links — 1. reuters.com · 2. apnews.com · 3. albania.un.org · 4. avokatipopullit.gov.al · 5. opendemocracy.net

## IRAN | Das Recht auf Leben und faires Verfahren

### Iran | Todesurteile: neues Urteil für Moradi, Urteil für Akbari-Monfared bestätigt

HRANA berichtet: 13. und 14. Oktober 2026 | Akbari-Monfared benachrichtigt: 11. Oktober



Porträt von Varisheh Moradi mit einer symbolischen Galgenmontage; dies ist kein Hinrichtungsfoto. Quelle: HRANA.

HRANA berichtete, dass die Abteilung 15 des Teheraner Revolutionsgerichts Varisheh Moradi erneut zum Tode verurteilte. Der Oberste Gerichtshof hatte das frühere Urteil wegen Untersuchungsmängeln aufgehoben. Die Verteidigung behauptet, dass das neue Urteil erlassen wurde, bevor die erforderlichen Untersuchungen abgeschlossen wurden. Rechtsanwalt Amir Sajjadi erklärte, dass es eine 20-tägige Frist gab, um Berufung einzulegen.

In einem separaten Fall berichtete HRANA am 13. Oktober, dass die Abteilung 41 des Obersten Gerichtshofs das Todesurteil von Amirhassan Akbari-Monfared bestätigt habe und dass ihm am 11. Oktober mitgeteilt worden sei. Die Anklage bezieht sich auf bewaffnete Rebellion durch angebliche Mitgliedschaft in der PMOI/MEK. Die beiden Fälle befinden sich in unterschiedlichen Verfahrensstadien; in keinem der beiden Berichte heißt es, dass eine Hinrichtung stattgefunden hat.

VERIFIZIERUNG / UNBESCHLOSSENE ANGABEN Das neue Moradi-Urteil ist weiterhin anfechtbar. Im Fall Akbari-Monfared wird die Bestätigung des Obersten Gerichtshofs gemeldet. Vollständige Urteile wurden nicht unabhängig geprüft; keiner der Berichte kündigt eine Hinrichtung an.

Menschenrechtsauswirkungen: Die irreversiblen Folgen der Todesstrafe machen Vorwürfe von Verfahrensmängeln besonders ernst. Schutz des Lebens, wirksame Verteidigung und unabhängige gerichtliche Überprüfung sind von zentraler Bedeutung für die Auswirkungen dieser Fälle auf die Menschenrechte.

Quellen: HRANA | HRANA – Akbari-Monfared

Quellen und weiterführende Links — 1. en-hrana.org · 2. en-hrana.org

## RELIGIONSFREIHEIT, GLEICHHEIT UND BILDUNG

### Iran | Bahá’í in Yazd stehen vor Hausüberfällen, Verhören und Gefängnisstrafen

HRANA-Bericht: 16. Oktober 2026 | Untersuchungszeitraum: 28. März bis 15. Oktober



HRANA's Illustration für seinen Bericht über Bahá'í-Bürger; er zeigt keinen Vorfall, wie er sich ereignete. Quelle: HRANA.

HRANA dokumentiert für Bahá’í in Yazd Hausdurchsuchungen, die Beschlagnahme persönlicher und religiöser Gegenstände, Vorladungen zu Verhören und Freiheitsstrafen. Laut Organisation wurde eine Versammlung von rund 50 Personen aufgelöst. Es ergingen 18 Vorladungen, drei Personen erhielten Freiheitsstrafen und eine Person wurde zum Strafantritt ins Gefängnis gebracht. Die Angaben betreffen unterschiedliche Massnahmen und dürfen nicht als Zahlen verschiedener Opfer addiert werden. Der neu veröffentlichte Bericht behandelt einen mehrmonatigen Zeitraum. Vollständige Gerichtsakten wurden nicht unabhängig geprüft.

Implikationen für die Menschenrechte: Eingriffe in die Wohnungen und die Bestrafung aus Gründen des Glaubens betreffen unmittelbar die Religionsfreiheit und die Nichtdiskriminierung. Die Rechtsgrundlage der gemeldeten Maßnahmen und ihr Charakter als glaubensbasierte Repression sollten einer unabhängigen gerichtlichen Überprüfung unterliegen.

Quellen: HRANA — Yazd-Bericht

### Aserbaidschan | Hijab-Beschränkungen: Ausschluss von Bildung und Verhaftungen

Umsetzung: ab 12. Oktober | Neue Erklärung: 16. Oktober 2026



Foto von Schaufensterpuppen mit Kopftüchern, die im Amnesty-Artikel verwendet wurden. © Denis Doyle/Getty Images. Ort und Datum nicht in der Quelle angegeben; es zeigt nicht diejenigen, die von der Schule oder dem Protest ausgeschlossen sind.

Amnesty International berichtete, dass Schuluniformregeln verwendet wurden, um Schüler und Lehrer, die den Hijab tragen, von Schulen auszuschließen. Nach Angaben der Organisation folgten die Festnahmen auf friedliche Proteste in Baku. Das Innenministerium kündigte 37 Festnahmen an; höhere Zahlen, die von Aktivisten gemeldet wurden, sollten separat behandelt werden. Amnesty forderte die Aufhebung der diskriminierenden Beschränkungen und die Freilassung derjenigen, die ausschließlich wegen friedlicher Proteste festgehalten wurden. Der Fall betrifft Bildung, Religions- und Gewissensfreiheit, Nichtdiskriminierung und Versammlungsrecht.

Menschenrechtsauswirkungen: Der Ausschluss von der Schule wegen des Tragens eines Hijabs beinhaltet das Recht auf Bildung, Religionsfreiheit und Nichtdiskriminierung. Behauptungen, dass Menschen wegen der Teilnahme an friedlichen Protesten inhaftiert wurden, erfordern ebenfalls eine Untersuchung unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit.

Quellen: Amnesty International

Quellen und weiterführende Links — 1. amnesty.org · 2. en-hrana.org

## PALÄSTINA UND ISRAEL | ZIVILPERSONEN UND INHAFTIERTE

### Palästina / Westjordanland | Angriffe auf Palästinenser und einen Journalisten während der Olivenernte

Vorfälle: 16.–17. Oktober 2026 | Update: Morgen des 19. Oktober



Palästinensische Freiwillige bekämpfen ein Feuer um einen Olivenbaum und ein Fahrzeug in der Nähe von Turmus Ayya, 16. Oktober 2026. © Ahmad Gharabli/AFP via Getty Images, via NPR. Es zeigt nicht den Angriff auf Levine.

NPR berichtete, dass maskierte Siedler Palästinenser angriffen, die am 16. Oktober an der Olivenernte im besetzten Westjordanland teilnahmen. Die Fotojournalistin der Washington Post, Heidi Levine, war unter den Verletzten. Die Zeitung erklärte, dass sie eine Pressweste trug, geschlagen wurde und ihre Ausrüstung mitgenommen wurde. Die Angriffe geben Anlass zu Bedenken sowohl hinsichtlich der Sicherheit der Landwirte und des Zugangs zu landwirtschaftlichen Flächen als auch hinsichtlich des Schutzes von Journalisten, die über die Ereignisse berichten.

Laut Reuters-Bericht am 19. Oktober um 06:01 Uhr UTC verhaftete die israelische Polizei acht Verdächtige, weil sie am Wochenende wegen separater Angriffe befragt worden waren. Die Untersuchung umfasst die Angriffe auf Levine und auf europäische Diplomaten am 17. Oktober. Die Polizei hat die Identität der Verdächtigen oder die Vorwürfe gegen sie nicht offengelegt. Festnahme ist kein Beweis der Schuld oder der effektiven Rechenschaftspflicht.

Menschenrechtsfolgen: Angriffe auf Landwirte und Journalisten bedrohen die physische Integrität, den Zugang zu Lebensgrundlagen und die Pressefreiheit. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, Angriffe zu verhindern, Opfer zu schützen und wirksame Ermittlungen durchzuführen.

Quellen: NPR - 16. Oktober | Reuters - 19. Oktober

### Israel | Vorwürfe des Einsatzes von Gummikugeln aus nächster Nähe in Gefängnissen

Neuer Bericht: 15. Oktober 2026 | Die meisten Fälle stammen aus dem vorherigen Herbst



Häftlinge, die sich auf die Freilassung im Gefängnis Ketziot vorbereiten, 26. Februar 2025. © Chaim Goldberg/Flash90; The Times of Israel. Archivfotografie; es zeigt nicht die beschriebenen Schießereien.

Physicians for Human Rights Israel und das Öffentliche Komitee gegen Folter in Israel berichteten über 22 dokumentierte Fälle, in denen Inhaftierte in Gefängnissen mit Gummigeschossen getroffen worden seien. 21 waren Palästinenser und eine Person war Israeli. AP konnte nicht jeden Fall unabhängig überprüfen. Die Agentur prüfte medizinische Unterlagen und gegenüber Anwälten gemachte Aussagen und befragte zwei ehemalige Inhaftierte.

Die Organisationen äußerten Bedenken, dass Schüsse aus nächster Nähe abgefeuert wurden und einige verletzte Häftlinge unbehandelt blieben. In einer schriftlichen antwort im august verteidigte der gefängnisdienst seine gewaltanwendung als angemessen und angemessen. Die meisten Fälle wurden ab dem vergangenen Herbst gemeldet; dies sind keine 22 neuen Vorfälle aus dieser Woche.

Menschenrechtsauswirkungen: Unnötige oder übermäßige Gewalt gegen Häftlinge und das Versäumnis, Verletzungen zu behandeln, beinhalten das Verbot von Misshandlungen. Die Gefängnisbehörden sind für die Sicherheit der Menschen verantwortlich, die ihrer Freiheit beraubt sind.

Quellen: Associated Press

Quellen und weiterführende Links — 1. timesofisrael.com · 2. reuters.com · 3. iowapublicradio.org

## PRESSEFREIHEIT | HAFT UND SICHERHEIT VON MEDIENSCHAFFENDEN

### Ägypten | Matsadaash Journalisten Haft verlängert

Beschluss: 13. Oktober | EIPR-Erklärung: 14. Oktober 2026



Montage von Porträts der sechs Journalisten, produziert von EIPR; es zeigt nicht ihre Verhaftung. Quelle: EIPR.

Die ägyptische Initiative für Persönlichkeitsrechte (EIPR) berichtete, dass die Inhaftierung von sechs Journalisten von der Faktenprüfplattform Matsadaash am 13. Oktober um 15 Tage verlängert wurde. Laut EIPR identifizierten die Staatsanwälte keine spezifischen Nachrichten oder Beweise, die Vorwürfe des Beitritts und der Finanzierung einer terroristischen Organisation und der Verbreitung falscher Informationen stützen; die Journalisten bestritten die Vorwürfe. Anwälte berichteten, dass einige Journalisten gezerrt, erniedrigenden Beschränkungen unterworfen und ihrer Nahrung und ihres Wassers beraubt wurden. Einschränkungen des Familienkontakts und private Konsultationen mit Anwälten sowie unerfüllte Anträge auf Medikamente wurden ebenfalls gemeldet. Diese Behauptungen werden dem EIPR zugeschrieben; es liegen keine Erkenntnisse aus einer unabhängigen Untersuchung vor.

VERIFIZIERUNG / UNBESCHLUSSENE AUSGABEN Haft- und Misshandlungsberichte werden dem EIPR zugeschrieben. Vollständige forensische Berichte und das Ergebnis einer unabhängigen Untersuchung sind in dieser Überprüfung nicht verfügbar.

Auswirkungen auf die Menschenrechte: Die Kriminalisierung journalistischer Aktivitäten untergräbt die Meinungs- und Pressefreiheit; die Verhinderung von Kontakten mit Familien und Anwälten schwächt die Verteidigungsgarantien. Die gemeldete Misshandlung erfordert auch eine wirksame Untersuchung.

Quelle: Ägyptische Initiative für Persönlichkeitsrechte (EIPR)

### Bangladesch | Journalist Alif Fakir getötet, nachdem er Drohungen gemeldet hatte

Tötung: 15. Oktober | Gerichtsentwicklung: 18. Oktober 2026




Porträt von Lutfuzzaman Alif Fakir. Quelle: The Daily Star; Foto von Verwandten geliefert. Es zeigt nicht die Mordszene.

Der Journalist Lutfuzzaman Alif Fakir wurde am 15. Oktober in Durgapur, Netrokona, getötet. Ain o Salish Kendra und der Internationale Journalistenverband verlangten wirksame Ermittlungen. Frühere Angriffe und Drohungen werfen die Frage auf, ob Schutz gewährt wurde. Laut The Daily Star vom 18. Oktober ordnete ein Gericht Haft für den 22-jährigen Opurba an, der wegen Verdachts der Beteiligung am Mord festgenommen worden war. Die Anhörung zum Antrag der Polizei auf Vernehmungshaft wurde auf den 19. Oktober angesetzt. Polizeivorwürfe sind keine festgestellten Tatsachen. Motiv und Verantwortung des Verdächtigen bleiben ungeklärt.

Menschenrechtsfolgen: Die Ermordung eines Journalisten ist ein schwerer Angriff auf das Recht auf Leben. Ob nach früheren Drohungen Schutz gewährt wurde und die Identifizierung der Verantwortlichen muss im Lichte der Schutz- und Untersuchungspflichten des Staates geprüft werden.

Quellen: Ain o Salish Kendra | IFJ - 16. Oktober | The Daily Star - Gerichtsaktualisierung

Quellen und weiterführende Links — 1. thedailystar.net · 2. ifj.org · 3. askbd.org · 4. eipr.org

# SRL Swiss | Menschenrechtsbulletin

13.–19. Oktober 2026

## RECHTE DER FRAUEN UND KINDER

### Afghanistan | UNAMA: Willkürliche Inhaftierung und Misshandlung bei der Durchsetzung der Moral

UNAMA-Veröffentlichung: 15. Oktober 2026 | Untersuchungszeitraum: Juli-September 2026



Wandinschrift, die frauen anweist, den hijab in kabul zu beobachten, wird für den kontext gezeigt. Quelle: Rukhshana Media. Es zeigt nicht einzelne UNAMA-Fälle; Fotodatum nicht angegeben.

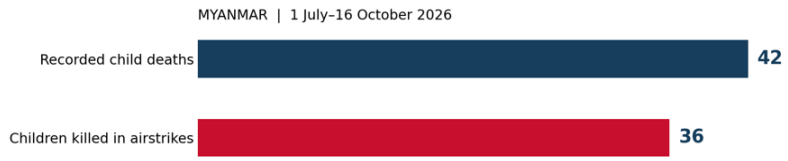
Die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) dokumentierte zwischen Juli und September mindestens 443 willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen sowie 97 Vorfälle von Misshandlungen durch Mitarbeiter des De-facto-Moralministeriums. Frauen und Männer hatten Berichten zufolge ihre Freiheiten in Bezug auf Kleidung, Bart- und Frisurregeln, Gebetsbesuch und Musik eingeschränkt. Die Taliban-Behörden bestritten die Charakterisierung des Berichts. Veröffentlicht am 15. Oktober, decken die Ergebnisse einen Zeitraum von drei Monaten; Sie sind nicht diese Woche Haft insgesamt.

Menschenrechtsauswirkungen: Willkürliche Inhaftierung wegen Kleidung, Glauben oder alltäglichem Verhalten untergräbt Freiheit und persönliche Autonomie. Berichte über diskriminierende Kontrollen von Frauen und Misshandlungen beinhalten Verpflichtungen in Bezug auf die Gleichstellung, wirksame Untersuchungen und Rechtsbehelfe.

Quellen: UNAMA — Quartalsbericht | UN DPPA — Zusammenfassung vom 16. Oktober | Reuters / ThePrint

### Myanmar | Luftangriff von Bilin: AAPP meldet fünf zivile Todesfälle

Angriff: 13. Oktober | AAPP Briefing: 16. Oktober 2026




Grafik: SRL Swiss; Daten: AAPP, 16. Oktober 2026. Die 36 Todesfälle durch Luftangriffe sind in den insgesamt 42 enthalten; dies sind keine Wochenzahlen.

Die Assistance Association for Political Prisoners (AAPP) berichtete, dass ein Luftangriff auf das Dorf Ah Lu Gyi in Bilin Township, Mon State, am Abend des 13. Oktober fünf Zivilisten, darunter ein Kind, getötet und andere verletzt hat. Die Organisation erklärte, dass Bomben Häuser getroffen haben. Das gleiche Briefing verzeichnete 42 Kinder, die zwischen dem 1. Juli und dem 16. Oktober getötet wurden, darunter 36 bei Luftangriffen. Bei diesen Zahlen handelt es sich weder um eine Wochensumme noch um eine erschöpfende nationale Maut. Die Umstände des einzelnen Angriffs konnten hier nicht unabhängig verifiziert werden; die Befunde werden AAPP zugeschrieben.

Menschenrechtsauswirkungen: Die gemeldete Tötung von Zivilisten und Kindern wirft ernste Bedenken hinsichtlich des Rechts auf Leben und des Zivilschutzes auf. Die Einhaltung der Unterscheidungs-, Verhältnismäßigkeits- und Vorsichtspflichten bei Angriffen erfordert eine unabhängige Untersuchung.

Quellen: AAPP — tägliches Briefing vom 16. Oktober

Quellen und weiterführende Links — 1. aappb.org · 2. theprint.in · 3. unmissions.org · 4. unama.unmissions.org

## WILLKÜRLICHE HAFT UND VERSCHWINDENLASSEN

### Sudan | Blauer Nil: Inhaftierungsvorwürfe wegen familiärer Bindungen

Dabanga-Bericht: 16. Oktober 2026 | Individuelle Festnahmedaten nicht bekannt gegeben



Generisches archivbild des gefängnisses; es zeigt nicht die im bericht genannten personen oder ihren haftort. Quelle: Radio Dabanga Archiv.

Dabanga berichtete von Vorwürfen der Blue Nile Civil Society Initiative über willkürliche Inhaftierung und Misshandlung von Zivilisten. Der Vertreter der Initiative, Ali Hajo, sagte, die Sicherheitskräfte hätten einige Menschen nur wegen der angeblichen Verbindungen der Verwandten zur RSF oder SPLM-N ins Visier genommen. Drei in dem Bericht genannte Personen wurden angeblich mit verbundenen Augen an unbekannte Orte gebracht und gefoltert. Es wurde berichtet, dass einige Inhaftierungen für ein oder zwei Jahre ohne Anklage fortgesetzt wurden. Der Artikel enthält keine unabhängige Bestätigung dieser Konten oder eine Antwort der Behörden; Die neue Entwicklung ist der öffentliche Appell.

Menschenrechtsauswirkungen: Die Inhaftierung von Menschen aufgrund von Verwandtschaft und nicht ihres eigenen Verhaltens und die Verschleierung ihres Aufenthaltsortes lassen Bedenken hinsichtlich willkürlicher Inhaftierungen aufkommen. Foltervorwürfe erfordern unabhängige Ermittlungen, Zugang zu Anwälten und Informationen für Familien.

Quellen: Radio Dabanga

### Kenia | Neuer Bericht dokumentiert Verhaftungen, Entführungen und Misshandlungen von Demonstranten

Amnesty International Bericht: 19. Oktober 2026 | Fälle: 2023–2025



Archivbild der Proteste in Kenia, verwendet in der Ankündigung des Berichts vom 19. Oktober. © Amnesty International. Es zeigt keinen spezifischen Vorfall aus dieser Woche.

Eine neue Studie von Amnesty International dokumentiert willkürliche Verhaftungen, Entführungen, Inhaftierung ohne Kontakt zur Außenwelt, Misshandlung und Überwachung von Personen, die gegen die wirtschaftlichen Bedingungen und die Steuerpolitik protestieren. Die Studie untersuchte die Proteste von 2023-2025 und stützte sich auf Interviews mit 102 Personen, die zwischen April und Juli 2026 durchgeführt wurden. Journalisten berichteten von körperlichen Übergriffen, der Beschlagnahme von Ausrüstung und dem Druck, Filmmaterial zu löschen. Amnesty erklärte, dass die öffentlichen Körperschaften, an die sie ihre Ergebnisse schickte, nicht durch Veröffentlichung reagiert hatten. Die neue Entwicklung ist die Veröffentlichung der Forschung; Die Fälle sind diese Woche nicht alle aufgetreten.

Menschenrechtsfolgen: Friedliche Demonstranten und Journalisten durch Repression zum Schweigen zu bringen, untergräbt die Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Vorwürfe der Entführung, Inhaftierung und Misshandlung erfordern eine unabhängige Untersuchung, Rechenschaftspflicht und Rechtsmittel für die Opfer.

Quellen: Amnesty International — 19. Oktober

Quellen und weiterführende Links — 1. amnesty.org · 2. dabangasudan.org

## FREIHEIT, JUSTIZ UND VERANTWORTLICHKEIT

### Nigeria | Fragen zu Lawrence Zongos Haft in einer Militäreinrichtung

Inhaftierung: 5. Oktober | Antwort der Armee: 16. Oktober | Bericht: 17. Oktober 2026



Foto von nigerianischen soldaten, für den kontext gezeigt. Quelle: Premium Times. Die Beteiligung der Personen, die in diesem Fall abgebildet sind, wurde nicht festgestellt.

Premium Times veröffentlichte die Erklärung der Armee zur Haft des Journalisten Lawrence Zongo in einer militärischen Gesundheitseinrichtung in Jos. Er sei am 5. Oktober beim Besuch verletzter Angehöriger festgenommen worden. Amnesty habe ihn nicht erreichen können, und er sei ohne Kontakt zur Aussenwelt festgehalten worden. Die Armee nannte unbefugten Zutritt und den Einsatz einer Datenbrille als Sicherheitsbedenken und bestritt, dass seine Freilassung auf Druck von aussen erfolgt sei. Laut Bericht wurde Zongo freigelassen. Fragen zur Rechtsgrundlage, zum Zugang zur Verteidigung und zur Haftdauer bleiben offen. Der Bericht besagt nicht, dass er weiterhin inhaftiert ist.

Menschenrechtsauswirkungen: Ein Streit um den Zugang zu einer Militäreinrichtung hebt nicht den Schutz für den Kontakt einer inhaftierten Person mit Anwälten und Verwandten auf. Die Rechtsgrundlage und die Vorwürfe der Inhaftierung außerhalb der Gemeinschaft erfordern eine Klarstellung in Bezug auf das Recht auf Freiheit.

Quellen: Premium Times

### Kolumbien | Verbrechen gegen indigene Völker: Zehn ehemalige FARC-Führer angeklagt

JEP-Ankündigung: 13. Oktober 2026 | Geprüftes Verhalten: 1996–2016



JEP Präsident Alejandro Ramelli Arteaga, Bogotá, 1. Juli 2025. Archivfoto: AP/Fernando Vergara; es zeigt keine neue Anhörung.

Kolumbiens Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) gab bekannt, dass zehn ehemalige FARC-Führungspersonen wegen mutmasslicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Nachteil von fünf indigenen Völkern angeklagt wurden. Laut AP geht es um Tötungen, Folter, Zwangsvertreibungen, den Einsatz von Landminen und Schäden an Ökosystemen, von denen die Gemeinschaften abhängen. Die Vorwürfe betreffen die Jahre 1996–2016. Die aktuelle Entwicklung betrifft das Gerichtsverfahren. Eine Anklage ist noch keine rechtskräftige Verurteilung. Zu beobachten bleibt, welchen Zugang die Opfer zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung erhalten.

Die angeblichen Handlungen zielen auf das Leben, die körperliche Integrität und die kulturellen Bindungen der indigenen Völker zu ihren Territorien ab. Die Beteiligung der Opfer und das Recht auf Wiedergutmachung müssen neben den fairen Prozessgarantien der Angeklagten geschützt werden.

Quellen: Associated Press

Quellen und weiterführende Links — 1. apnews.com · 2. premiumtimesng.com

## VEREINIGTE STAATEN | GESUNDHEIT UND LEBEN IN MIGRATIONSHAFT

### Vereinigte Staaten | Zugang zur Gesundheitsversorgung und gemeldete Todesfälle in ICE-Haft

Neuer Kommentar: 13. Oktober 2026 | Beschriebene Ereignisse: frühere Monate




Blumen und Kerzen an einer Gedenkstätte für Edwin Jovanny López Cornejo. © Olga Fedorova/EPA/Shutterstock, via ACLU. Fotodatum nicht angegeben; es zeigt nicht das Innere des Internierungslagers.

ACLU von New Jersey Executive Director Amol Sinha adressierte Berichte über den verweigerten Zugang zu Medikamenten und medizinischer Versorgung im Einwanderungsgefängnis Delaney Hall. Der Artikel erzählt Vorwürfe von schweren medizinischen Bedingungen ignoriert, unerfüllte Anfragen für Rollstühle und Gewichtsverlust. Bei einer Kongressanhörung im Juli stellte der Abgeordnete Jeff Van Drew diese Berichte in Frage und behauptete, dass in der Einrichtung eine kontinuierliche Gesundheitsversorgung verfügbar sei. Die aclu gibt an, dass zwei weitere menschen in den zwei wochen nach der anhörung starben. Ein kausaler Zusammenhang zwischen medizinischer Vernachlässigung und den Todesfällen wurde in dieser Überprüfung nicht unabhängig festgestellt.

EIN Kausalzusammenhang zwischen gemeldeter medizinischer Vernachlässigung und den Todesfällen wurde in dieser Überprüfung nicht unabhängig festgestellt.

Menschenrechtsauswirkungen: Wenn Menschen, die sich in Gewahrsam befinden, die notwendigen Medikamente und Behandlungen vorenthalten werden, werden Gesundheit, Menschenwürde und das Recht auf Leben gefährdet. Die Todesfälle, Pflegebedingungen und mögliche Vernachlässigung erfordern eine wirksame Untersuchung.

Quellen: ACLU — Amol Sinha

## VERÖFFENTLICHUNG, ÜBERPRÜFUNG UND KORREKTUREN

Dieses Bulletin stützt sich auf öffentlich zugängliche Gerichtsakten, Quellen der Vereinten Nationen, Menschenrechtsorganisationen und zuverlässige Nachrichten. Veranstaltungstermine werden von Veröffentlichungsterminen unterschieden; die Unschuldsvermutung wird in laufenden Verfahren respektiert. Informationen, die nicht unabhängig verifiziert werden können, werden ihrer Quelle zugeschrieben. Menschenrechtsbewertungen identifizieren relevante Garantien und ersetzen keine endgültigen gerichtlichen Feststellungen. Bilder unterscheiden Ereignisse, Porträts und Archivkontext; es werden Unsicherheiten bezüglich Datum und Berechtigungen angegeben. Berichte über sachliche Fehler werden überprüft und verifizierte Materialkorrekturen werden in den Text aufgenommen.

Veröffentlichung und Korrekturen: info@srlswiss.com | Vertrauliche Berichte über Verstöße: reports@srlswiss.com

SRL Swiss · Genf · srlswiss.com

Quellen und weiterführende Links — 1. aclu.org